

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 29 (1988)
Heft: 12

Artikel: Alltag in Nicaragua
Autor: Lamm, Edgar
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1094224>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Edgar Lamm nach einem erneuten Besuch

Alltag in Nicaragua

Die Beendigung des Bürgerkriegs zwischen den sandinistischen Regierungstruppen und den aufständischen Contras ist das aktuelle politische Traktandum in Nicaragua. Wie nimmt sich das Land sonst aus? Edgar Lamm berichtet über seine Eindrücke.

«Es lebe der Sandinismus», «Freies Vaterland oder sterben» und «Hoch lebe die Revolution» steht auf der Tafel im Klassenraum. Der Lehrer erläutert seinen Schülern eindringlich, worum es geht. Zu sehen ist diese Szene auf dem 500-Cordoba-Schein Nicaraguas. Selbst die Währung dieses Landes muss Propagandazwecken dienen.

Die Szene ist durchaus realistisch. Sie macht deutlich, in welcher Weise in den staatlichen Schulen einseitig sandinistisch indoktriniert wird. Gottlob – bestehen nach wie vor private Schulen unter der Trägerschaft der katholischen Kirche. Sie sind bei den Eltern wie auch bei den Schülern beliebter, weil dort die Notenvergabe nicht von der Übernahme «gesellschaftlicher Aufgaben» – nämlich in den sandinistischen Organisationen – abhängt. Auch jene aus der DDR stammenden Rechenbücher, in denen Handgranaten statt Äpfel zusammengezählt werden, setzen die privaten Schulen nicht ein.

Die Szene auf dem Geldschein kündigt darüber hinaus an, was einem im Strassenbild der Hauptstadt Managua grossformatig an fast jeder grösseren Strassenkreuzung begegnet: riesige Propagandatafeln ähnlich jenen, wie man sie aus Prag, Moskau oder Ost-Berlin kennt. Auch Strassenschilder dienen der Propaganda. Sie verehren vielfach sandinistische Revolutionshelden und tragen die Aufschrift «FSLN» (Sandinistische Befreiungsfront Nicaraguas). Jedes Autokennzeichen enthält die Losung «Nicaragua libre».

Die Armee der Partei

Ein wiederholter Besuch in Nicaragua hinterlässt recht deprimierende Eindrücke. Die Versorgungslage ist offensichtlich noch schlechter geworden. Schwarzhändler werden seit der Währungsreform härter angefasst. Strom- und Wasserabschaltungen gehören zum Alltag. Managua ist nach wie vor die wahrscheinlich trostloseste Hauptstadt ganz Lateinamerikas.

Eines der bedrückendsten Probleme, das in vielen Gesprächen immer wieder erwähnt wird, ist die Zwangsrekrutierung zur Armee. «Wir wollen nicht in einen Krieg ziehen, der nicht unser Krieg ist», und «Wir wollen nicht in der Armee einer Partei dienen».

In der Tat: Die Armee in Nicaragua ist eine Parteiarmee mit der Bezeichnung «Sandinistische Volksarmee». Folgerichtig müssen alle Offiziere Mitglied der FSLN sein. Die Soldaten müssen ihren Eid nicht nur auf die blauweisse Fahne Nicaraguas, sondern auch auf die rot-schwarze Fahne der sandinistischen Befreiungsfront ablegen!

Deutlicher können die Sandinisten nicht demonstrieren, dass sie Partei und Staat als Einheit betrachten. Deswegen tritt Präsident Daniel Ortega («Commandante») wohl auch ständig – jedenfalls im Inland – in der Uniform der Partei auf.

Das Militärdienstgesetz sieht den Waffendienst für junge Männer ab dem achtzehnten Lebensjahr vor. Tatsächlich werden aber häufig schon Kinder ab dem zwölften Lebensjahr rekrutiert. Viele Jugendliche verstecken sich im Lande, um dem Militärdienst zu entgehen.

Genauso wie die Armee der Partei und nicht dem Staat verpflichtet ist, ist es auch die Polizei. Auch sie heisst «Sandinistische Polizei». Der neue Botschafter Nicaraguas in Bonn, Hernan Estrada, bezeichnete dies alles in einem Gespräch in Managua kurz vor seiner Abreise in die Bundesrepublik Deutschland als «reine Formalie». Der Sandinismus sei die Standarte für alle Parteien Nicaraguas: «Seine Werte gelten für jeden.» Die Bezeichnung «sandinistisch» könne von allen benutzt werden.

Hier machte er sich der plumpen und dreisten Lüge schuldig. Das Dekret 67 der sandinistischen Regierung vom 13. 9. 1979 behält diese Bezeichnung nämlich ausdrücklich Mitgliedsorganisationen der sandinistischen Bewegung

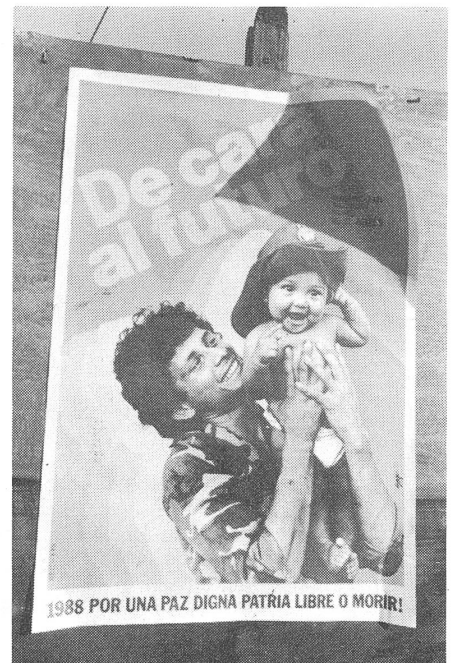
vor! Dieses Dekret wurde seinerzeit erlassen, um die Gründung einer «sozialdemokratischen sandinistischen Partei» zu verbieten.

Unterirdische Gefängniszellen

Die Menschenrechte werden in Nicaragua nach wie vor mit Füßen getreten. Selbst die Regierung gibt 4000 politische Gefangene zu. In Wahrheit dürften es rund 8500 sein – bei nur drei Millionen Einwohnern eine enorm hohe Zahl. Sie wird unter anderem von der Ständigen Menschenrechtskommission Nicaraguas (CPDH) genannt. Nach ihren Erkenntnissen sind 90 % der politischen Häftlinge Landarbeiter (Campesinos). Auf dem Lande fallen Verhaftungen weniger auf als in der Hauptstadt Managua... Die Regierung wirft den Verhafteten meist Zusammenarbeit mit den Contras vor. Häufigster Grund dürfte jedoch sein, dass die Campesinos sich weigern, für die Sandinisten zu arbeiten, etwa in den «Sandinistischen Verteidigungskomitees» (CDS).

Im übrigen könnte die Regierung alle Unklarheiten über die Zahl der politischen Gefangenen und den Grund ihrer Verhaftung beseitigen, wenn sie eine vollständige Namenliste der Häftlinge veröffentlicht und offiziell Anklage erheben würde.

Die Haftbedingungen in den Gefängnissen sind nach wie vor menschenunwürdig. Dies gilt insbesondere für die zehn Gefängnisse der Staatssicherheit wie beispielsweise «El Chipote» in Managua (direkt hinter dem Intercontinental-Hotel). Es wurde schon vom Vorgängerdiktator Somoza benutzt. Hier liegen die Zellen unterirdisch. Die Gefangenen werden in absoluter Dunkelheit gehalten, nachdem die



«1988 für Frieden, Würde, freies Vaterland oder sterben.» (Aufnahme des Autors)

unter Somoza üblichen Gittertüren durch geschlossene Stahltüren ersetzt wurden. Ein Rohrdienst der Luftzufuhr, da die Zellen keine Fenster haben. Zunehmend werden aus den nicaraguanischen Gefängnissen auch Fälle bekannt, in denen politische Häftlinge mit Drogen zwangsbehandelt werden. Nach sowjetischem Muster...

Ausländischen Delegationen ist der Zugang zu den Gefängnissen untersagt, dies gilt auch für das Internationale Rote Kreuz. Ihnen werden vorzugsweise einige Musterfarmen (Potemkinsche Dörfer) des offenen Strafvollzugs gezeigt, wo nur eine kleine Minderheit der Gefangenen untergebracht wird. Botschafter Hernan Estrada nahm zum Problem wie folgt Stellung: Die Gefängnisse der Staatssicherheit würden nicht als Gefängnisse betrachtet. Deshalb seien dort internationale Besuche nicht möglich.

Zurzeit erhält die CPDH monatlich durchschnittlich 140 Anzeigen über Menschenrechtsverletzungen aus der nicaraguanischen Bevölkerung. Sie betreffen Todesmeldungen, Verhaftungen, verschwundene bzw. vermisste Personen, Folter sowie die unmenschlichen Haftbedingungen. Die Ständige Menschenrechtskommission Nicaraguas wurde bereits 1977 gegründet. Damals herrschte noch Somoza. Von ihm wurde sie als «kommunistisch» diffamiert, heute wird sie als «konterrevolutionär» beschimpft.

Schlägertrupps

Die Zukunft Nicaraguas bleibt ungewiss. Innerhalb des Landes wie auch in allen Nachbarländern wird die Einschätzung geteilt, dass die Sandinisten nicht bereit sind, sich selbst zur Disposition zu stellen und die Macht wieder abzugeben. Auch die kürzlich verabschiedete Verfassung lässt nichts Gutes erwarten. In ihr wird der Sandinismus als herrschendes Leitbild festgeschrieben – auf Dauer.

Ende 1988 sollen in Nicaragua Kommunalwahlen stattfinden. Auf die Wahlrichtlinien darf man gespannt sein. Offen ist noch, ob auch in Managua gewählt werden darf. Bisher wurde der Bürgermeister der Hauptstadt, der im Range eines Ministers steht, von der Regierung ernannt. So wurde schon zu Zeiten Somozas verfahren. Auf diese Weise nimmt man gleich einem Drittel der Gesamtbevölkerung (Managua hat etwa eine Million Einwohner) die Möglichkeit der Wahlbeteiligung. Zu vermuten ist allerdings, dass die Sandinisten mit dieser unrühmlichen Tradition brechen werden. Sie können es sich leisten, auch in Managua wählen zu lassen. Sie beherrschen den gesamten Informations- und Propagandaapparat im Lande. Die Oppositionsparteien werden in ihrer Tätigkeit massiv unterdrückt. Bei ihren Versammlungen tauchen häufig die sandinistischen Schlägertrupps, die «turbas divinas» («göttliche Horden»!), auf. Die Bevölkerung wird durch das ausgefeilte Blockwartssystem der «Sandinistischen Verteidigungskomitees» kontrolliert. Wie gesagt: Die Sandinisten können es sich leisten, wählen zu lassen. ■



Oben: «Das Volk in Waffen garantiert den Sieg.» In der Mitte des Plakats Präsident Daniel Ortega.

Mitte: Strassenschilder in Managua mit Politpropaganda.

Unten: «Die Erfüllung des patriotischen Militärdienstes ist deine Pflicht.» (Aufnahmen vom Autor)